

Ausschuss für Inneres und Sport

(59. Sitzung am 2. Juli 2015)

Beratungsthemen:

1. **Kommunalbericht 2015**

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landesrechnungshofs - [Drs. 17/3770](#)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch den Präsidenten des Landesrechnungshofs sowie eine Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Entwurf eines Gesetzes über die Neubildung der Stadt Helmstedt, Landkreis Helmstedt**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 17/3698](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort und hörte die kommunalen Spitzenverbände an. Er verständigte sich darauf, erneut über den Gesetzentwurf zu beraten, sobald die Bevölkerung der beteiligten Gemeinden sowie die betroffenen Kommunen gehört worden sind.

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

3. a) **Entwurf eines Niedersächsischen Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (NKInvFG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/3715](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung. Er erörterte die Grundzüge des Gesetzentwurfs und hörte die kommunalen Spitzenverbände an. Zum weiteren Verfahren nahm er in Aussicht, die Beratung am 7. Juli 2015 im Rahmen einer zusätzlichen Sitzung abzuschließen, um - vorbehaltlich des Ergebnisses der Mitberatung - das Juli-Plenum zu erreichen.

b) **Konversion nach dem Britenabzug bewältigen - niedersächsische Kommunen unterstützen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/3740](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen. Er kam überein, die Beratung des Antrags im Zusammenhang mit der Beratung des Antrags der CDU-Fraktion in Drs. 17/3105 - „Verantwortung für die vom Abzug der britischen Streitkräfte betroffenen Kommunen übernehmen - Niedersächsisches Städtebauförderungsprogramm auflegen“ - fortzusetzen, und nahm in Aussicht, die Beratung der Anträge ebenfalls am 7. Juli 2015 abzuschließen, um - vorbehaltlich des Ergebnisses der Mitberatung - das Juli-Plenum zu erreichen.

4. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Entlastung der Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/3697](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP votierte er gegenüber dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen dafür, dem Landtag zu empfehlen, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 1 anzunehmen.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2015 (Nachtragshaushaltsgesetz 2015)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/3699](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP votierte er gegenüber dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen dafür, dem Landtag zu empfehlen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Meldewesens in Niedersachsen (NMeldNOG)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/3689](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung und erörterte die Grundzüge des Gesetzentwurfs. Er verständigte sich darauf, die kommunalen Spitzenverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten. Für die abschließende Beratung nahm er eine bisher nicht im Terminplan vorgesehene Sitzung am 3. oder 7. September 2015 in Aussicht, um - vorbehaltlich des Ergebnisses der Mitberatung - das September-Plenum zu erreichen.

7. **Bürokratie abbauen - Ausländerbehörden effizienter machen**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/2312](#)

(abgesetzt)

8. **Seenotrettung jetzt - Konsequenzen aus Flüchtlingskatastrophen auf dem Mittelmeer ziehen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/3442](#)

(abgesetzt)

9. **„Vorausschauende Polizeiarbeit“ ermöglichen - Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen - Menschen in Niedersachsen vor Einbrecherbanden schützen**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/3556](#)

(abgesetzt)

10. **Asylrecht anpassen - Kosovo und Albanien müssen als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/3679](#)

(abgesetzt)

11. **Vorbereitung einer Informationsreise nach Rumänien und Bulgarien**

(abgesetzt)

12. **Eingabe 1504**

(abgesetzt)

13. **Eingabe 1247**

(abgesetzt)